

Wachstumswänge im Kapitalismus: Die gespaltene Keynes- Rezeption und Keynes' Prognose auslaufenden Wachstums

Karl Georg Zinn

John Maynard Keynes (1883 – 1946) „revolutionierte“ die ökonomische Theorie im 20. Jahrhundert. Er widerlegte die klassisch/neoklassische Lehre von der Selbststeuerung des Laissez-faire-Systems, die behauptet, der „freie“ Markt brächte automatisch ein Vollbeschäftigungsgleichgewicht zustande. Keynes begründete, warum Vollbeschäftigung und Wachstum in hoch entwickelten kapitalistischen Volkswirtschaften von der Nachfrage und nicht vom Angebot bestimmt sind. Die Rezeption des Keynesschen Werks stellte jedoch die kurzfristige Konjunktursteuerung mittels antizyklischer Staatsausgabenvariation in den Mittelpunkt. Keynes Langfristanalyse und seine Begründung der endogenen Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstums und des Übergangs zur Stagnation wurden weitgehend verdrängt und vergessen. Diese Verkürzung verhindert, das Erkenntnispotential der Keynesschen Theorie voll auszuschöpfen und für die Analyse der seit den 1970er Jahren angestiegenen Massenarbeitslosigkeit zu nutzen. Im Gegensatz zu der vorherrschenden Meinung, Keynes sei den Befürwortern eines „grenzenlosen Wachstums“ zuzugesellen, erklärt die Keynessche Theorie gerade, dass und warum es kein „ewiges Wachstum“ geben wird, und zwar infolge der aus dem Wachstumsprozess selbst hervorgehenden, also endogenen Veränderungen. Damit erweist sich die Keynesschen Theorie kompatibel mit den jüngeren wachstumsskeptischen bzw. wachstumskritischen Strömungen. Keynes bewertet die endogene Wachstumsreduktion positiv, nämlich als Möglichkeit, in ein „Goldenes Zeitalter“ überzutreten und den gesellschaftlichen Wohlstand auf andere Grundlagen als fortlaufendes Konsumwachstum zu stellen. In diesem Sinn lässt sich aus Keynes' Gesamtwerk eine „Theorie der Verbesserungsfähigkeit“ der Verhältnisse destillieren, und insofern kann Keynes zu den großen Fortschrittsdenkern des 20. Jahrhunderts gerechnet werden. Doch das klar zu erkennen, wird wohl erst künftig geschehen. Zwischen dem Wachstumsverständnis des populären Standard-Keynesianismus' und Keynes' eigener Antwort auf die Wachstumsfrage besteht bisher noch ein kaum thematisierter Widerspruch. Die folgenden Ausführungen gehen nicht weiter auf die vorherrschende Keynes-Interpretation ein, sondern es geht um die „vergessene“ Langfristanalyse und das Keynessche Stagnationstheorem. Um Missverständnissen entgegen zu treten, sei jedoch betont, dass die Überwindung der gegenwärtigen Krise, insbesondere der südeuropäischen Massenarbeitslosigkeit, auf den Einsatz des vom Standard-Keynesianismus' propagierten Instrumentariums, also vor allem staatlicher Nachfragepolitik, angewiesen ist. Das stellt in der Tat eine auf die kurze Sicht zur Beseitigung einer Notlage gerichtete Anwendung der Keynesschen Theorie dar und ist von der Keynesschen Langfristanalyse zu unterscheiden.

1. Vorbemerkung zur „Keynesschen Revolution“ der Wirtschaftstheorie

Einige Grundelemente der Keynesschen Theorie seien hier vorweg geschickt, um die Differenz zwischen der Keynesschen Theorie und der klassischen/neoklassischen Position zu verdeutlichen. Nationalökonomisch Versierte können diesen Abschnitt wohl überspringen.

Was als „Keynessche Revolution“ in die ökonomischen Theoriegeschichte einging, ist Keynes' theoretische Begründung der *Nachfrageabhängigkeit* von Wachstum und Beschäftigung hochentwickelter kapitalistischer Volkswirtschaften. Die klassische und neoklassische Theorie liefert hingegen eine gegenteilige Erklärung: Wachstum und Beschäftigung werden von der Angebotsseite her bestimmt, weil – so lautet das sogenannte „Saysche Theorem“ (nach Jean Baptiste Say 1767-1832) – sich in einer freien Marktwirtschaft jedes Angebot seine Nachfrage schafft. Das Saysche Theorem wird von Klassik/Neoklassik auch auf den Arbeitsmarkt angewendet, so dass es im klassischen-neoklassischen System keine „unfreiwillige“ Arbeitslosigkeit gibt bzw. Vollbeschäftigung herrscht. Arbeitslosigkeit wird als „freiwillige“ charakterisiert (z. B. Sucharbeitslosigkeit). Der Theorie-Gegensatz zwischen Keynes und der Klassik/Neoklassik lässt sich auf die Frage bzw. die Erklärung zuspitzen, wie eine Übereinstimmung von Sparen und Investieren zustande kommt und ob es sich dabei um eine Vollbeschäftigungslage handelt. Dies sei jetzt genauer erläutert.

Die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung bzw. das Volkseinkommen (Y) entspricht der gesamten Nachfrage, und diese wird üblicherweise in folgende vier Aggregate untergliedert, wobei der Vereinfachung halber nur Nettoinvestitionen einbezogen sind; die Ersatzinvestitionen bleiben somit hier außer Betracht.

C = Konsum

I = Nettoinvestition

A = Staatsausgaben (sind identisch mit dem Steueraufkommen T, wenn keine staatliche Nettokreditaufnahme erfolgt)

X – M = Export – Import = Außenbeitrag

Das Volkseinkommen Y ergibt sich als Summe der vier Nachfrageaggregate.

$$(1) Y = C + I + A - T + (X-M) \text{ und wenn } A = T$$

$$(2) Y = C + I + (X-M)$$

Die Verwendung des Volkseinkommens entfällt auf den konsumierten und den gesparten Anteil:

$$(3) Y = C + S \text{ (mit } S = \text{Ersparnis)}$$

Aus Gleichungen (2) und (3) folgt $C + S = C + I + (X-M)$ und somit

$S = I + (X-M)$. Nehmen wir ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht an, d. h. Export und Import sind gleich ($X = M$)¹, so vereinfacht sich Gleichung (4) zu

$$(5) S = I$$

Machen wir uns klar, dass Sparer und Investoren in der Regel ganz verschiedene Personen bzw. Personengruppen sind. Somit treffen sie die Spar- bzw. Investitionsentscheidungen individuell und unabhängig voneinander. Es kann also sein, dass die Sparer so viel sparen, dass die Investoren nicht die gesamte Ersparnis absorbieren und somit Überersparnis ($S > I$) vorliegt. Es muss also zwischen den Ex-ante-Sparentscheidungen in der Periode t_0 und den Ex-post-Wirkungen der Entscheidungen in

¹ Wenn statt einer einzelnen Volkswirtschaft die Weltwirtschaft gesetzt wird, so stimmt die Summe aller Exporte mit der aller Import überein, und es gilt ebenfalls $X = M$ bzw. $X-M = 0$.

der Periode t_1 unterschieden werden. Damit ergibt sich das Problem, ob die in t_0 geplanten (freiwilligen) Größen von S und I übereinstimmen oder eben nicht. Doch das stellt sich eben immer erst ex post in t_1 heraus. Denn die Entscheidungen zum Sparen und Investieren werden ja in der Planungsperiode (t_0) getroffen und dann ist noch unbekannt, ob $S = I$. Erst wenn sich diese S - und I -Entscheidungen im gesamtwirtschaftlichen Prozess in der folgenden Periode (t_1) auswirken, wird sichtbar, ob ein Gleichgewicht oder ein Ungleichgewicht von S und I vorliegt. In marktwirtschaftlichen Systemen gibt es eben keine gesamtwirtschaftliche Vorkoordination von S und I , die sicherstellt, dass Differenzen zwischen Ex-ante-Entscheidungen und Ex-post-Resultaten ausgeschlossen würden.

Die klassische/neoklassische Theorie und Keynes geben völlig verschiedene Antworten auf die hier zentrale Frage: Wie kann gewährleistet werden, dass die geplante, (freiwillige) Ersparnis mit der geplanten (freiwilligen) Investition auf einem Vollbeschäftigungsniveau übereinstimmt?

Der Gegensatz zwischen Keynes und den Gleichgewichtstheoretikern sei exemplarisch an den unterschiedlichen Erklärungen verdeutlicht, wie die gesamtwirtschaftlichen Ersparnisse, die ja erst einmal Nachfrageausfall darstellen, dann doch wieder zur Finanzierung von Nachfrage eingesetzt werden. Es geht somit um die gegensätzlichen Antworten auf die Frage, wie wird sichergestellt, dass die gesamtwirtschaftliche Nachfrage groß genug ist, um Vollbeschäftigung zu gewährleisten.

* Die **Gleichgewichtstheoretiker** (Klassik und Neoklassik) sehen in der Preisbildung auf freien Märkten die hinreichende Bedingung für ein Vollbeschäftigungsgleichgewicht. Unabdingbar sei daher das „Laissez-faire“. Auf dem Kapitalmarkt würden Angebot (= Sparkapital) und Nachfrage (Kreditersuchen von Investoren) wie auf allen Märkten durch den Preismechanismus bzw. hier: Zinsmechanismus ins Gleichgewicht gebracht. Die Analogie des „klassischen Zinsmechanismus“ zu allen anderen Marktpreisbildungen erscheint auf den ersten Blick plausibel und stellt durchaus eine „elegante“ Theorie dar: Steigt beispielsweise die Ersparnis, so sinkt der Zins (Preis für Kredite) und die Kreditnachfrage seitens der Investoren steigt. Wie viel auch immer an Sparkapital angeboten wird, es wird durch den Zinsmechanismus dafür Sorge getragen, dass die gesamte Ersparnis von Investoren nachgefragt bzw. für Investitionen verwendet wird. Wenn die Kreditnachfrage hingegen über dem bisherigen Sparkapital-Angebot liegt, so steige der Zins, und es werde mehr Sparkapital angeboten. Wie immer Sparen und Investieren ausfallen, gebe es nie eine „Nachfragerlücke“. Vielmehr fände am Kapitalmarkt wie auf allen Märkten jedes Angebot seine Nachfrage. Diese Realitätsdeutung, dass jedes Angebot seine Nachfrage schafft, ist, wie erwähnt, als „Saysches Theorem“ bekannt. Formal lässt sich der klassische Zinsmechanismus folgendermaßen beschreiben:
 S_v = Ersparnis auf Vollbeschäftigungsniveau; I_v = Investition auf Vollbeschäftigungsniveau;
 i_g = Zins beim Vollbeschäftigungsgleichgewicht
Sparfunktion: $S = S(i)$; Investitionsfunktion: $I = I(i)$ und es gilt immer $S(i) = I(i)$ und somit auch $S_v = I_v$ mit $S_v = S(Y_v)$ bzw. $I_v = I(Y_v)$. Nach der Logik des klassischen Zinsmechanismus wäre es durchaus möglich, dass der Konsum auf ein Minimum sinkt (z. B. 15 % des Volkseinkommens) und dennoch die Ersparnis (85 % des Volkseinkommens) via Kreditaufnahme der Investoren für Investitionen verwendet wird. Doch warum sollte ein Investor – beispielsweise in neue Kfz-Fabriken – investieren, wenn die Konsumenten konsumunwillig sind und einen Großteil ihres Einkommens, gar noch mit steigender Tendenz, sparen?

* **Keynes** weist die Konstruktion des klassischen Zinsmechanismus als ein

Wunschgebilde, das der Realität widerspricht, zurück.² Denn die **Investition** hänge nur ganz nachrangig von der Zinshöhe ab, und entscheidend für das Investitionsverhalten seien die (optimistischen oder pessimistischen) Zukunftserwartungen der Investoren. Zukunftserwartungen sind *unsicher*. Die Unsicherheit schlägt sich in der von psychologischen Faktoren beeinflussten Einschätzung nieder, ob für ein Investitionsprojekt günstige oder ungünstige Absatzaussichten vorliegen. Hierbei können – je nach Konstellation – auch starke Spekulationsmotive ins Spiel kommen. Der Verlauf der Keynes'schen Investitionsfunktion wird also wesentlich von den *Renditeerwartungen* (Keynes' terminus technicus: Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals = r) geformt, und die können sich rasch ändern. Der Kreditzins spielt hingegen nur noch eine Rolle, wenn die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und damit die Form der Investitionsfunktion bereits gegeben sind: $I = I(r; i)$ und nur bei $r = \text{konstant}$ gilt $I = I(i)$. - Je nach Verlauf (Steigung) der Investitionsfunktion kann eine bestimmte Zinsänderung zu starker, schwacher oder gar keiner Reaktion der Investitionstätigkeit führen. Quantitativ wird das als „Zinselastizität der Investitionen“ erfasst.

Ein weiterer fundamentaler Unterschied zwischen Keynes und den Gleichgewichtstheoretikern betrifft die **Sparfunktion**. Bei den Gleichgewichtstheoretikern steigt oder fällt, wie dargelegt, die Ersparnis mit dem Zins. Tatsächlich hat der Zins kaum oder gar keinen Einfluss auf die Ersparnisbildung, sondern nur auf die Anlageform der Ersparnisse. Die Ersparnis ist definitionsgemäß die Differenz aus Einkommen und Konsum $S = Y - C$. Die Konsumausgaben des Individuums bzw. Haushalts hängen von seinem Einkommen ab, was mit der Konsumfunktion $C = C(Y)$ ausgedrückt wird. Ob es sich dabei um das laufende und/oder das als dauerhaft erwartete Einkommen handelt, ist zwar umstritten, aber wesentlich ist eben die Einkommensabhängigkeit des Konsums. Aus $S = Y - C = Y - C(Y)$ ist ersichtlich, dass auch die Ersparnis vom Einkommen abhängt $S = S(Y)$. Allerdings ist zu beachten, dass unterhalb eines sogenannten Basiseinkommens (Y_b) das gesamte Einkommen für die notwendigen Konsumausgaben verbraucht wird, und somit noch gar keine Sparfähigkeit vorliegt. Wenn dieser Sachverhalt in der Sparfunktion ausgewiesen wird, ergibt sich $S = S(Y - Y_b)$.

In welchem Verhältnis sich Konsum und Sparen bei steigendem Einkommen entwickeln, ob etwa ein zur Einkommenssteigerung proportionaler Anstieg von C und S erfolgt oder eine Anteilsverschiebung von C und S eintritt, kann zwar im Einzelfall unterschiedlich ausfallen, aber der empirisch bestätigte Regelfall ist eindeutig: Bei Überschreiten des Basiseinkommens (Y_b) wird gespart, und die Ersparnis steigt mit dem Einkommen zumindest *absolut*, normalerweise aber auch *relativ*. Der einkommensabhängige Anstieg der Ersparnis wird von Keynes als „fundamentales psychologisches Gesetz“ (theoriegeschichtlich zutreffender: Brentano-Keynessches Gesetz; vgl. Zinn, 1993) bezeichnet. Psychologisch lässt sich leicht nachvollziehen, dass und warum mit steigendem Einkommen auch mehr gespart wird. Denn die menschlichen Bedürfnisse umfassen eben nicht die auf den gegenwärtigen Konsum gerichteten, sondern auch die Vor-Sorge. Um der Vorsorge zu genügen, wird gespart, und je höher das Einkommen, desto mehr Vorsorgesparen ist möglich – und in der Regel auch erwünscht. Wir können jetzt festhalten, dass sich im Keynes'schen System Spar- und Investitionsfunktion „unverbunden“ gegenüberstehen, denn $I = I(r, i)$ und $S = S(Y)$, und deshalb sind S - I -Ungleichgewichte nicht nur möglich, sondern eher die Regel. Im

² Theoriegeschichtlich bemerkenswert erscheint die Tatsache, dass Keynes noch bis zu Beginn der 1930er Jahre der von seinen Lehrern – u. a. dem berühmten Alfred Marshall – vertretenen Ansicht zuneigte, dass sich die Investitionen mittels Zins durchaus stark genug stimulieren ließen, um das jeweilige Sparkapital-Angebot zu absorbieren. Unter dem Eindruck der Großen Depression und der Unwirksamkeit auch einer Niedrigzinspolitik gelangte Keynes zu der Auffassung, dass die Investitionen ganz überwiegend von den Zukunftserwartungen der Investoren, somit von der für die Zukunft erwarteten Absatz- bzw. Nachfrageentwicklung abhängen.

Keynesschen System gibt es eben keinen zum „klassischen Zinsmechanismus“ analogen Vollbeschäftigungsautomatismus. Im längerfristigen Wachstumsprozess wird die Ersparnis steigen, aber die Investitionstätigkeit verliert an Dynamik; tendenziell sinkt die von den Investoren *erwartete* Kapitalrendite (Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals r sinkt). Auf Vollbeschäftigungsniveau wird somit die Ersparnis (S_v) nicht mehr von der Investition (I_v) absorbiert. Wegen $S_v > I_v$ wird das Vollbeschäftigungsniveau nicht mehr gehalten, und Beschäftigung und Einkommen sinken auf das Niveau eines „Unterbeschäftigungsgleichgewichts“. Dort verharren sie, wenn und solange die Nachfragerlücke ($S_v - I_v$) nicht durch sachgerechte Beschäftigungspolitik beseitigt wird. Im Extremfall, den Keynes als am historischen Horizont als wahrscheinlich auftauchen sieht, kann es sogar zu einem völligen Ausfall der Nettoinvestition kommen, d. h. $I = 0$.

Zusammenfassend ist zu konstatieren, dass die klassische/neoklassische Theorie Vollbeschäftigung als Regelfall eines Laissez-faire-Systems nachzuweisen sucht, wohingegen die Keynessche Theorie nicht nur die drei Möglichkeiten, Übernachfrage, Vollbeschäftigungsgleichgewicht und Arbeitslosigkeit mangels Nachfrage unterscheidet, sondern gestützt auf empirische Erfahrung begründet, dass und warum eine Laissez-faire-Ökonomie Arbeitslosigkeit als ihren Regelfall hervorruft.

In den vorhergehenden Ausführungen wurde bereits auf den Unterschied zwischen Ex-ante- und Ex-post- Größen hingewiesen. Es geht um den Unterschied zwischen geplanten (freiwilligen) und ungeplanten (unfreiwilligen) Größen. Hierzu erscheint eine ergänzende Erläuterung angebracht. Ungeplante Ersparnis und ungeplante Investition seien mit S_u bzw. I_u symbolisiert, und entsprechend werden die geplanten Größen mit S_g und I_g dargestellt. Ex post kann sich herausstellen, dass die Ex-ante-Größen, d. h. die *geplante* Ersparnis und die *geplante* Investition nicht übereinstimmen. Wenn $S_g > I_g$, so ergibt sich $S_g = I_g + I_u$ bzw. bei $S_g < I_g$ kommt es zu ungeplanter Ersparnis $S_g + S_u = I_g$. Ein Ungleichgewicht zwischen S_g und I_g , also *ungeplante* Ersparnis oder *ungeplante* Investition ziehen Anpassungsprozesse nach sich. Bei $S_g > I_g$ kommt es zu einer Kontraktion von Einkommen und Beschäftigung; bei $S_g < I_g$ liegt Übernachfrage vor, und es tritt ein Expansionsprozess ein. Wenn bereits Vollbeschäftigung bzw. volle Auslastung des Produktionspotentials vorliegt, wird die expansive Anpassung nur inflationär verlaufen, also lediglich ein höheres Preisniveau bewirken. Dies bedeutet Zwangsparsnis, denn wegen der gestiegenen Preise muss mehr für den Konsum ausgegeben werden und entsprechend weniger wird gespart. Falls jedoch Unterbeschäftigung bzw. ungenutztes Produktionspotential vorhanden ist, führt die Übernachfrage zu einer realen Expansion, Produktion und Angebot steigen.

Besteht eine Nachfragerlücke, d. h. $S_g > I_g$, so zeigt sich das beispielsweise an einer *ungeplanten* Zunahme von Lagerbeständen oder in *ungeplant* unausgelasteten Produktionsanlagen. Die Produktion wird dann wohl eingeschränkt, und es kann zu Stilllegung/Verschrottung von Anlagen kommen. Jedenfalls tritt ein kontraktiver Anpassungsprozess ein, der erst auf einem Unterbeschäftigungsniveau endet, bei dem wieder $S_g = I_g$, also keine ungeplante Investition mehr vorliegt ($I_u = 0$).

Die wirtschaftsgeschichtliche Erfahrung zeigte nicht nur, dass der kapitalistische Wachstumsprozess Konjunkturzyklen und somit wiederkehrend Krisen mit sich bringt, sondern dass unter Laissez-faire-Bedingungen, also „freier“ Konkurrenzwirtschaft im Sinn der klassisch-neoklassischen Idealvorstellung, Vollbeschäftigungsphasen die Ausnahme und mehr oder weniger hohe Arbeitslosigkeit die Regel sind. Dieser historische Befund liegt der Keynesschen Auffassung zugrunde, dass ohne beschäftigungspolitische Interventionen des Staates Unterbeschäftigung bzw. ein Unterbeschäftigungsgleichgewicht den Dauerzustand, sozusagen die Normalität der „freien“ Marktwirtschaft, darstellt.

2. Keynes' Langfristprognose: Stagnation als historischer Endzustand

Wachstum und Beschäftigung hoch entwickelter kapitalistischer Volkswirtschaften hängen von der gesamtwirtschaftlichen *Nachfrage* ab. Diese Erkenntnis sowie die theoretische Begründung der Nachfrageabhängigkeit von Einkommen und Beschäftigung sind Kernbestandteile der „Keynesschen Revolution“. Vollbeschäftigung ist somit an die Bedingung geknüpft, dass die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ein dazu hinreichendes Niveau erreicht, und das ist dann der Fall, wenn auf dem Vollbeschäftigungsniveau Ex-ante-Ersparnis und Ex-ante-Investition übereinstimmen: $S_g = I_g$. Tendenziell steigt die Ersparnis mit steigendem Einkommen wegen $S = f(Y)$. Die volle Absorption der auf dem Vollbeschäftigungsniveau anfallenden Ersparnis (S_v) durch Investitionen wird jedoch – so die Keynessche Argumentation – im Verlauf des historischen Wachstumsprozesses schwieriger bzw. unwahrscheinlicher. Dies lässt sich durch folgende Überlegung plausibel machen. Unter friedenswirtschaftlichen Bedingungen wächst der gesamtwirtschaftliche Kapitalstock³ (K) infolge der Nettoinvestitionen (I) laufend an, denn $I = \Delta K$ und somit ergibt sich der gegenwärtige Kapitalstock $K_g = \sum I_j$ ($j = g-1, g-2, g-3 \dots g-n$). Je mehr also in der Vergangenheit investiert wurde, desto schmaler dürfte die Palette der noch möglichen bzw. als rentabel eingeschätzten Investitionsprojekte in der Gegenwart und Zukunft werden. Mit dem Wachstum des Kapitalstocks sinkt die Knappheit des (Sach)Kapitals, und somit wird auch die *erwartete* Kapitalrendite (Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals r) abnehmen, und da sie die Investitionstätigkeit bestimmt, wird auch das Investitionsvolumen tendenziell rückläufig. Der Keynessche terminus technicus für die *erwartete* Kapitalrendite lautet, wie schon angemerkt, „Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals“ (r), und an folgendem Zitat aus der „Allgemeinen Theorie“ wird zweifelsfrei klar, dass Keynes eine im historischen Verlauf sinkende Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals erwartet: „Ich bin überzeugt, daß die Nachfrage nach Kapital streng begrenzt ist, in dem Sinne, daß es nicht schwierig wäre, den Bestand an Kapital bis auf einen Punkt zu vermehren, auf dem seine Grenzleistungsfähigkeit auf einen sehr niedrigen Stand gefallen wäre. Dies würde nicht bedeuten, daß die Benutzung von Kapitalgütern sozusagen nichts kosten würde, sondern nur, daß der Ertrag aus ihnen nicht viel mehr als ihre Abnutzung durch Wertverminderung und Veralterung, zusammen mit einer gewissen Spanne für das Risiko und die Ausübung von Geschicklichkeit und Urteilsvermögen, zu decken haben würde“ (Keynes, 1936/2006, 316f.).⁴

Der kapitalistische Wachstumsprozess verläuft zwar, worauf schon hingewiesen wurde, in wiederkehrenden Zyklen bzw. Krisen, so dass wegen dieser (kurzfristigen) Diskontinuitäten die längerfristigen, historischen Trends nicht sofort augenfällig

³ In umfassenden Sinn enthält der Kapitalstock (K) nicht nur das Sachkapital, sondern auch – *horribile dictu* – das „Humankapital“, also das in der Volkswirtschaft vorhandene und wirtschaftliche nutzbare Wissen. Wenn hier von Kapitalstock die Rede ist, sollte also stillschweigend das Produktionswissen mit einbezogen sein.

⁴ Keynes' Prognose der langfristig sinkenden Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals deckt sich – unbeachtet unterschiedlicher Begründungen – mit Marx' „Gesetz“ des tendenziellen Falls der Profitrate. Das tief sitzende Vorurteil gegen Marx' verwehrte Keynes zwar jegliche Marx-Lektüre, Keynes' Anti-Marxismus ist nicht zuletzt dem Einfluss seines Lehrers an der Universität Cambridge, dem Marx-Kritiker Alfred Marshall und überhaupt der an der Universität Cambridge vertretenen nationalökonomischen Orthodoxie und ihrer seit den 1880er Jahren vehement geäußerten Marx-Verachtung zuschreiben (vgl. Hobsbawm, 2012, 169 ff.). Doch das hinderte Keynes nicht, sich später (1939) recht wohlwollend über die englischen Marxisten der 1930er Jahre zu äußern: „Außerhalb der Reihen der Liberalen gibt es heute niemanden in der Politik, der auch nur einen Schilling wert ist, außer der Nachkriegsgeneration der intellektuellen Kommunisten unter fünfunddreißig. Sie schätze und respektiere ich ebenfalls. Sie ähneln mit ihren Gefühlen und Instinkten heute vielleicht am ehesten den typischen nervösen, nonkonformistischen englischen Gentlemen, die sich zu den Kreuzzügen aufmachten, die Reformation zuwege brachten, die Great Rebellion ausfochten, uns die bürgerlichen und religiösen Freiheiten erkämpften und die Arbeiterklasse im vergangenen Jahrhundert humanisierten“ (Keynes' Interview im „New Statesman“ vom 28. 1. 1934; Keynes, 1939, 494f. ; deutsche Übersetzung aus: Hobsbawm, 2012, 265).

hervortreten, aber die vorhergehend referierte Argumentation Keynes' dürfte deutlich gemacht haben, dass die Gegenläufigkeit von steigender Ersparnis und abnehmender Investitionsneigung bzw. abnehmender Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals auf Wachstumsabschwächung und dauerhafte Arbeitslosigkeit hinwirken.

Selbstverständlich sind die kapitalistischen Unternehmen bemüht, durch Werbung und sonstiges Marketing sowie durch mehr oder weniger gebrauchswertträchtige Produktinnovationen, ja selbst durch geplanten Verschleiß den Konsum weiter anzureizen, was der Sparneigung der Haushalte entgegen wirkt, aber trotz dieser aufwendigen Aktivitäten wurde die Keynesische Konsum- bzw. Sparfunktion *cum grano salis* empirisch bestätigt: Mit steigendem Einkommen wird absolut – eventuell auch relativ – mehr gespart, und zwar derart viel, dass sich tendenziell auf dem Vollbeschäftigungsniveau ein Sparüberhang gegenüber der Investition ($S_v > I_v$) einstellt. Ohne beschäftigungspolitische Maßnahmen sackt die Volkswirtschaft auf ein permanentes Unterbeschäftigungsgleichgewicht ab. Es liegt umso weiter unter dem Vollbeschäftigungsniveau, je geringer die Investitionsneigung ausfällt.

Der Übersichtlichkeit halber seien die für die Langfristbewegung des Kapitalismus entscheidenden historischen Trends, wie sie sich aus der Keynesischen Theorie herauslesen lassen, in vier pointierten Thesen präsentiert:

1. Der Trend des Produktivitätswachstums, der mit der Industriellen Revolution einsetzte und eine notwendige Bedingung des steigenden Pro-Kopf-Einkommens (= intensives Wachstum) bildet, wird sich fortsetzen. Keynes unterstellt sogar dass technischer Fortschritt in hoch entwickelten Volkswirtschaften mit einem entsprechend ausgebauten Kapitalstock und entsprechend großen Ersatzinvestitionen selbst ohne Nettoinvestitionen, somit allein durch die Ersatzinvestitionen realisiert werden kann.

2. Mit steigendem Einkommen nimmt in aller Regel die Differenz aus Einkommen und Konsum *absolut* und meist auch relativ zu. Die gesamtwirtschaftliche Ersparnis wird also größer – gemäß der bereits erläuterten Funktion $S = S(Y)$.

3. Mit steigendem Einkommen bzw. auf hohem Wohlstandsniveau verliert das Konsumwachstum nicht nur an Dringlichkeit, wie sich bereits aus der makroökonomischen Anwendung des „Sättigungsgesetzes“ (= Erstes Gossensches Gesetz; Gesetz vom abnehmenden Grenznutzen) herleitet, sondern die *gegenwärtige* Sorge um die Zukunft und damit das Vorsorge-Sparen tritt mehr und mehr sozusagen in Konkurrenz zu den aktuellen Konsumbedürfnissen bzw. -wünschen und trotz aller individualpsychologischen Unterschiede und Verführungen durch neue Güter (Produktinnovationen) tendieren die Menschen im Normalfall dazu, mehr für ihre Zukunftsvorsorge zu tun. Das treibt die Ersparnisbildung weiter an.

4 Nettoinvestitionen (I) lassen den volkswirtschaftlichen Kapitalstock (K) wachsen, denn $I = \Delta K$. Die Kapital-Knappheit sinkt, und das schlägt sich in sinkender Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals (r) bzw. Kapitalrentabilität nieder. Die Investitionstätigkeit verliert an Dynamik.

Keynes hatte seine historisch ausgreifenden Überlegungen von Anfang an (1930) unter den Vorbehalt gestellt, dass keine größeren Kriege und kein starkes Bevölkerungsentwicklung die in der Status-quo-Prognose aufgewiesene Entwicklung länger unterbrechen bzw. grundlegend verändern. Obgleich beide Vorbehalte historisch relevant wurden und sowohl der Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg sowie das

globale Bevölkerungswachstum dem Wachstum Antrieb gaben, verlorenen die hoch entwickelten Länder seit etwa drei Jahrzehnten dennoch erheblich an Wachstumsdynamik und ein Übergang zur Stagnation lässt sich erkennen. Bisher gelang es ihnen nicht, ihre Massenarbeitslosigkeit zu überwinden. Vielmehr legitimierten die meisten demokratisch gewählten Regierungen mit dem Argument, die Investitionsfreudigkeit zu fördern, sowohl die steuerpolitische Umverteilung von unten nach oben als auch die als „Konsolidierung“ verschleierte Auszehrung der Sozialsysteme. Soziale Armut und prekäre Lebensverhältnisse werden als quasi schicksalhafte Ereignisse geduldet oder gar gerechtfertigt. Das Keynes'sche Rezept, wie auf Stagnation vernünftig zu reagieren wäre, wurde nicht zur Kenntnis genommen, geschweige denn befolgt – außer partiell in einigen nordeuropäischen Ländern. Ohne hier weiter auf die Ursachen der Großen Finanzkrise einzugehen, sei jedoch bemerkt, dass durch die Überersparnis derart viel Anlage suchendes (Finanz-) Kapital aus Ersparnissen verfügbar wurde, dass sich Banken und andere Kapitalsammelstellen zu immer leichtfertigerer Kreditvergabe (und somit Giralgeldschöpfung) „verführen“ ließen. Die Vielzahl schlechter Schuldner, also Kreditnehmer ohne Rückzahlungsfähigkeit, musste dann zu Kreditausfällen in riesiger Größenordnung führen. Damit war die Große Finanzkrise vorprogrammiert. Als ein schier wahnsinnig anmutendes Paradoxon erscheint die Tatsache, dass aufgrund der an der klassisch/neoklassischen Marktgläubigkeit orientierten Wirtschaftspolitik eine steuerpolitische Förderung gerade jener Einkommensschichten praktiziert wurde, die hauptsächlich zu jener Diskrepanz von Überersparnis und relativer Investitionsschwäche beitragen. Umverteilung von unten nach oben vergrößert noch die Nachfragerücke zwischen S_v und I_v . Die relative Verschlechterung der staatlichen Finanzierungsmöglichkeiten infolge der Steuersenkungen und der daraus resultierenden Vergrößerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfragerücke provoziert dann die sogenannte Konsolidierungspolitik. Damit sinken staatliche Ausgaben, was die Nachfragerücke noch weiter aufreißt, und da die Konsolidierungspolitik nicht zuletzt zulasten der Infrastruktur geht, werden besonders zukunfts wichtige Investitionen gekappt. Arbeitslose Bauarbeiter und unausgelastete Kapazitäten der Bauindustrie einerseits und andererseits marode Brücken, verrottende Straßen, sanierungsbedürftige Schulgebäude, Mangel an Wohnungen für den Normalverbraucher etc. stellen das „wahnsinnige Paradoxon“ vor aller Augen.

3. Erläuterungen zur Keynes'schen Langfristanalyse rückläufigen Wachstums und die „gegabelte“ Keynes-Rezeption

Keynes' Überlegungen der langfristigen Veränderungen im Wachstumsprozess fanden bisher nur sporadisch Beachtung und dann vornehmlich auch nur bezogen auf den Essay von 1930 über die „Wirtschaftlichen Möglichkeiten für unsere Enkelkinder“ (Keynes, 1930). Doch gerade die auf die lange Frist bezogene Theorie-Komponente liefert, wie kurz angedeutet, eine Erklärung für die Wachstumsabschwächung der vergangenen Jahrzehnte. In unserem Zusammenhang ist Keynes' „Langfristtheorie“ aber besonders wichtig wegen ihrer Anschlussfähigkeit zur jüngeren Wachstumskritik. Bisher wird die Kompatibilität der Keynes'schen Theorie mit der gegenwärtigen Wachstumskritik kaum wahrgenommen, geschweige denn, dass das Erklärungspotentials des „Langfristkeynesianismus“ für die politische Praxis genutzt würde. Keynes gelangte – wie kurz nach ihm auch Jean Fourastié (Fourastié, 1949/1954) – auf der Grundlage der theoretischen Verarbeitung historischer Entwicklungen zu der Auffassung, dass der kapitalistische Wachstumsprozess letztlich auslaufen und in Stagnation übergehen werde. Keynes benutzte den Begriff „Stagnation“ zwar nicht im Zusammenhang mit seiner Erklärung der unvermeidlichen endogenen Wachstumsabschwächung, aber sobald das

Wachstum dauerhaft unter die Beschäftigungsschwelle fällt, lässt sich von Stagnation sprechen. Keynes wandte den Stagnationsbegriff u. a. auf die langfristige Wachstumsschwäche der 1890er Jahre an (Keynes, 1923a, 86), aber wie nachstehende Definition der ökonomischen Stagnation verdeutlicht, kann jeder längerfristige, gar dauerhafte Wachstumsrückgang unter die Beschäftigungsschwelle dem Stagnationsbegriff subsumiert werden. Zudem wird Alvin H. Hansen als Popularisator der Stagnationstheorie Keynesscher Herkunft wahrgenommen, d. h. Hansen repliziert die Keynesschen Grundgedanken (hierzu ausführlich: Reuter, 2000, 278 ff.).

„Central to the definition of >stagnation<, in economics, is a situation in which total output (or output per capita) is constant, falling slightly, or rising only sluggishly, or a situation in which unemployment is chronic and growing” (Penrose, 1968, 137).

Der Begriff Stagnation wird weder in der breiten Öffentlichkeit noch in der wissenschaftlichen Literatur ganz eindeutig benutzt, aber es geht stets um abnehmendes Wachstum bzw. dauerhafte Massenarbeitslosigkeit. In die beiden deutschsprachigen ökonomischen Handwörterbücher “Handwörterbuch der Sozialwissenschaften” und “Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften” wurde kein eigenständiger Eintrag zur Stagnation aufgenommen. Die vorstehend zitierte Definition findet sich in der „International Encyclopedia of the Social Sciences“ von 1968 und gibt m. E. eine angemessene Definition der *wirtschaftlichen* Stagnation, der, wie gesagt, auch die Keynessche Vorstellung auslaufenden Wachstums subsumiert werden kann.

Die Vernachlässigung von Keynes' langfristiger Kapitalismusanalyse in der verbreiteten Vorstellung von DEM Keynesianismus bedeutet, dass die Keynes-Rezeption quasi „gegabelt“ verlief – nämlich geteilt in den Hauptstrom des konjunkturpolitisch orientierten Keynesianismus und das Rinnsal der Keynesschen Langfristprognose einer endogenen Wachstumsreduktion (vgl. Abbildung 1). Die Beschäftigung mit dem „Langfrist-Keynesianismus“ fristet noch ein Nischendasein. Dass ein bedeutender, für das Verständnis der Wachstumsreduktion und des synchronen Anstiegs der Massenarbeitslosigkeit während der vergangenen drei Jahrzehnte besonders erklärungsstüchtiger Teil der Keynesschen Kapitalismusanalyse von der Keynes-Rezeption bis heute faktisch ausgeschlossen wurde und somit keine Rolle in der wirtschaftspolitischen Diskussion spielt, mag ungläubiges Staunen hervorrufen. Denn Keynes gilt als „Jahrhundertökonom“, und der Umfang der Sekundärliteratur zu Keynes übersteigt vermutlich die jedes anderen Nationalökonomens des 20. Jahrhunderts. Wie sollte da eine wichtige Komponente des Keynesschen Theoriegebäudes unbeachtet geblieben sein? Doch das war und ist der Fall. Dieser Sachverhalt ist ein erklärungsbedürftiges wissenschaftssoziologisches und theoriegeschichtliches Phänomen. Vertieft kann hier auf diesen Aspekt nicht eingegangen werden (vgl. Zinn, 2008, 13-32), aber es soll doch auf ein sozusagen „systemisches“ Rezeptionshindernis hingewiesen werden, auf das alle wachstumsskeptischen und erst recht die wachstumskritischen Überlegungen treffen. Wirtschaftswachstum wird wohl von den meisten Menschen nicht nur als eine Art universaler Problemlöser verstanden, sondern Wachstum gilt als Überlebenserfordernis des Kapitalismus. Vor diesem Hintergrund geraten alle Gegenpositionen zur Wachstumsapologetik unter den Verdacht der prinzipiellen Systemkritik. Somit treten Wachstumsskeptiker ständig zu einem Auswärtsspiel an, wohingegen die systemkonformen Wachstumsanhänger permanent den Platzvorteil haben.

Die Rezeption der Keynesschen Theorie verlief, wie gesagt, in Form einer Gabel (Grafik 1). Es sei jedoch betont, dass es bei dieser Gabelung lediglich um Unterschiede in der Theorierezeption und der wirtschaftspolitischen Anwendungen *derselben*, eben der Keynesschen Theorie geht, d. h. auch die Langfristanalyse entspricht den theoretischen

Vorgaben, wie sie systematisch im Keynes'schen Hauptwerk, in der „Allgemeinen Theorie“, 1936 dargelegt werden (Keynes, 1936/2006).

Grafik 1

Laissez-faire-Kritik ~ Zweifel an der
Geltung des Sayschen Theorems ~
Vorlauf zur „Keynesschen Revolution“



Theorieausbau und Theorieverfeinerung



Beschäftigung und Wachstum hängen vor
allem von der effektiven Nachfrage, speziell
von Konsum und Investitionen ab



Konsequenzen
auf kurze Sicht:
Konjunkturpolitik
mittels antizyklischer
Staatsausgaben



Konsequenzen
auf lange Sicht:
abnehmende
Wachstumsraten ~
Stagnationstrend



Empfohlene Maßnahmen zur
Beschäftigungssicherung:
* Gleichmäßige Einkommens=
verteilung → Konsum
* Höhere Staatsquote
* Arbeitszeitverkürzung

Rezeptionsgeschichte:

Vorwiegend als
„Standard-Keynes=
ianismus“ rezipiert

Spärliche Rezeption und
Ausklammerung im popularisierten
Keynesianismus

4. Quellen der Keynes'schen Langfristanalyse und die konkrete Prognose zur Nachkriegsentwicklung

4.1 Hauptquellen der Keynes'schen Langfristanalyse

Die 29 Bände der „Collected Writings“ von Keynes erschienen (erst) zwischen 1971 und 1983; ein Indexband, der Bd. 30, wurde 1989 vorgelegt. Wichtige Texte des Keynes'schen Gesamtwerks waren also relativ lange Zeit praktisch nicht zugänglich. Doch erklärt das nur zum geringeren Teil, warum Keynes' Wachstumsskepsis und sein Stagnationstheorem „vergessen“ wurden und in der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion, gar in die Medien kein Thema mehr sind. Es ist richtig, wie häufig behauptet wird, dass Keynes sich schwergewichtig mit aktuellen Fragen befasste. Dennoch ist die vorherrschende Meinung, Keynes hätte sich nicht mit der langen Frist befasst, unzutreffend. Nicht nur finden sich in

den 30 Bänden der „Collected Writings“ durchgehend Bemerkungen, die Keynes' klaren Blick für die lange Frist und die historischen Veränderungen der Wachstumsvoraussetzungen belegen, sondern einige Texte behandeln Zukunftsfragen der kapitalistischen Entwicklung in extenso. Besonders hervorzuheben sind hierfür die vier nachstehend aufgeführten Quellen.

1. Der bereits angeführte Vortrag/Essay von 1928/30 „*Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder*“ (Keynes, 1930, in: Reuter, 2007, 135-147). Dieser Text ist die schriftliche Fassung von Vorträgen zum Thema, die Keynes seit 1928, also schon vor Ausbruch der Großen Depression gehalten hatte.

2. Die „*Allgemeine Theorie*“ gewinnt im Zusammenhang mit den explizit die Langfristperspektive ausleuchtenden Keynes-Texten eine neue, erweiterte Aussagekraft. Doch selbst wenn sie vornehmlich als eine makroökonomische Analyse kurzfristiger Prozesse wahrgenommen wird, so finden sich explizit Überlegungen, die eindeutig auf langfristige Entwicklungen bezogen sind (vgl. Krüger, 2012, 262 ff., 293 ff., passim; Solow, 2008, 87). Zudem kann das letzte Kapitel des Keynes'schen „Hauptwerkes“ kaum anders als die Ankündigung eines langfristigen sowie die engen ökonomischen Grenzen überschreitenden Ausblicks auf die kapitalistische Entwicklung verstanden werden. In der Tat entwickelt Keynes in den „*Schlussbetrachtungen zur Sozialphilosophie, zu der die Allgemeine Theorie führen könnte*“ (Keynes, 2006/1936, 314) – so die Kapitelüberschrift – dann auch recht weitreichende Überlegungen zu den (langfristigen) Mängeln des bestehenden Wirtschaftssystems, die er jedoch – eben mit Rückgriff auf die „Allgemeine Theorie“ - für überwindbar hält, und das lässt sich kaum anders als ein Langzeitprogramm verstehen.

3. Der Essay zum Einfluss der Demografie auf die gesamtwirtschaftlichen Entwicklung „*Einige wirtschaftliche Folgen einer abnehmenden Bevölkerung*“ von 1937 (Keynes, 1937, in: Reuter, 2007, 149-158).

Von den drei vorstehend genannten Texten ist selbstverständlich die „Allgemeine Theorie“ von 1936, die als Keynes' Hauptwerk gilt, ausgiebig rezipiert worden, wenn auch als eine „Theorie der kurzen Frist“. Der „Enkelkinder-Aufsatz“ fand breitere Aufmerksamkeit seit den 1980er Jahren, und der Aufsatz von 1937 über die Stagnationswirkung des Bevölkerungsrückgangs hatte, wie schon bemerkt, starken Einfluss auf die Veröffentlichungen von Alvin H. Hansen, der als Popularisator der Stagnationstheorie gilt. Hingegen wird der nachstehend genannte Text von 1943 selbst gegenwärtig nur von einer relativ kleinen Zahl von Ökonomen/Sozialwissenschaftlern wahrgenommen und als wichtig für die langfristige Kapitalismusanalyse eingeschätzt. Doch gerade dieser Text zeugt von der analytischen Realitätstüchtigkeit und der Prognosetüchtigkeit der Keynes'schen Theorie sowie dem unbefangenen Weitblick des Jahrhundertautors.

4. Dieser jüngste, aussagestarke Text zum Thema wurde im Mai 1943 als Memorandum für die britische Regierung verfasst und unter dem Titel „*Das Langzeitproblem der Vollbeschäftigung*“ (Keynes, 1943, in: Reuter, 2007, 159-164) veröffentlicht.

Zwischen dem Enkelkinder-Aufsatz von 1930, in dem Keynes eine visionäre Vorausschau auf die kommenden 100 Jahre anbietet, und dem Memorandum zur Vollbeschäftigung auf lange Sicht von 1943 gibt es zwar Unterschiede, zumal im Text von 1943 ein kürzerer Zeitraum von allenfalls zwei bis drei Jahrzehnten zu überblicken versucht wird, aber die Grundtendenz der Keynes'schen Zukunftseinschätzung wurde beibehalten, und mit der „Allgemeinen Theorie“ erhielt die Argumentation eine noch festere Grundlage.

4.2. Theorieanwendung in Keynes' Prognose von 1943 zur Nachkriegsentwicklung

Die realitätstüchtige Erklärungskraft und die praktische Nützlichkeit der Keynes'schen Theorie lassen sich besonders knapp und eindrucksvoll an der von Keynes im Mai 1943 erstellten Vorhersage der Beschäftigungsentwicklung nach Ende des Zweiten Weltkriegs demonstrieren. Keynes prognostizierte drei deutlich voneinander abgrenzbare Phasen der Nachkriegsentwicklung. Sie lassen sich knapp durch das jeweilige Verhältnis von freiwilliger Ersparnis (S_v) und freiwilliger Investition (I_v) auf Vollbeschäftigungsniveau unterscheiden.

1. Phase: $S_v < I_v$ Nachholbedarf, Wiederaufbau, Konversion zur Friedenswirtschaft usw. schlagen sich in hohen Investitionen nieder, die auf dem noch relativ niedrigen Einkommensniveau die freiwillige Ersparnis erheblich übersteigen. Es entsteht also eine inflatorische Übernachfrage. Die Beschäftigung nimmt rasch zu, das Einkommen wächst, und der Kapitalstock wird rasch vergrößert sowie modernisiert.

2. Phase: $S_v = I_v$ Es tritt "Normalisierung" ein. S und I halten sich auf dem Vollbeschäftigungsniveau ungefähr im Gleichgewicht. Diese Phase entspricht in etwa den Vorstellungen eines klassisch/neoklassischen Gleichgewichts bei Vollbeschäftigung. Es gibt zwar zyklische Konjunkturschwankungen, aber sie lassen sich mit antizyklischer Politik glätten. Hierfür ist der konjunkturpolitische Keynesianismus bestens prädisponiert. Konsum und Investition bleiben noch relativ dynamisch, aber sie verlagern sich auf weniger dringlichen Bedarf.

3. Phase: $S_v > I_v$ Hohe Kapitalausstattung der Volkswirtschaft, Haushalte verfügen über eine Fülle langlebiger Konsumgüter, das hohe Einkommen ermöglicht auch eine hohe Ersparnis. Da der Kapitalstock im Wesentlichen ausgebaut ist und der Konsum der gut betuchten Schichten, auf die der Großteil der Ersparnisse entfällt, nur noch durch Prestigegüter sowie innovative Produkte mit teils sehr unterschiedlichem Gebrauchswert gesteigert wird, reicht die gesamtwirtschaftlichen Nachfrage nicht mehr aus, um das Vollbeschäftigungsniveau zu erhalten. Die alte Formel „Vollbeschäftigung durch Wachstum“ hat ausgedient. Um dennoch Vollbeschäftigung zu gewährleisten, wird eine grundlegend veränderte Beschäftigungspolitik erforderlich – oder die Massenarbeitslosigkeit steigt eben weiter an.

Hier sollen keine empirische Zeitreihen zum Wirtschaftswachstum oder anderen Daten wiedergegeben werden, denn es dürfte auch bei nur minimalen wirtschaftsgeschichtlichen Kenntnissen nachvollziehbar sein, dass die Keynes'sche Langfristprognose cum grano salis von der tatsächlichen Entwicklung bestätigt wurde. Die bereits seit Beginn der 1980er Jahre anhaltende Massenarbeitslosigkeit wurde nicht überwunden, sondern sie hat sich verfestigt. Der ersten *stagnationsbedingten* Welle von Entlassungen folgte eine Einkommensminderung mit negativen Nachfrageeffekten. Daraus ergaben sich weitere

Entlassungen, und die ansteigende Arbeitslosigkeit verschlechterte auch die Verhandlungsposition der Gewerkschaften, so dass es nicht mehr gelang, wenigstens die Löhne an das Produktivitätswachstum zu binden. Inzwischen ist der größere Teil der Arbeitslosigkeit auf die relativ schwache Massenkaufkraft zurückzuführen, so dass der diese Abwärtsspirale der Beschäftigung ursprünglich auslösende Faktor, die relative Sättigung bzw. die entsprechend hohe Ersparnis (der Bessergestellten), mehr und mehr aus dem Blickfeld geriet, und ins Zentrum der Aufmerksamkeit traten Prekarisierung und ansteigende Einkommensarmut breiter Schichten. Damit wird die Abqualifizierung des Sättigungsarguments sowie der Stagnationstheorie als eine „Ideologie der Satten“ begünstigt, was dann auch zur (verständlichen) Aversion gegen jede Wachstumskritik beiträgt.

4.3 Vollbeschäftigung trotz Stagnation – die beschäftigungspolitischen Vorschläge

Die empirische Bestätigung der Keynes'schen Langfristprognose impliziert auch die empirische Bestätigung der Realitätstüchtigkeit der Theorie, auf der die Prognose gründet. Wenn dies akzeptiert wird, so sind auch die von Keynes bereits 1943 (!) seiner Prognose hinzugefügten beschäftigungspolitischen Empfehlungen als relativ zuverlässige Wegweiser zu werten. Es sei hier die These aufgestellt; dass die drei Jahrzehnte Massenarbeitslosigkeit seit Anfang der 1980er Jahre mit ihren physischen und psychischen Belastungen für Millionen Menschen sowie die Entstehung der Großen Krise sich hätten verhindern lassen, wenn den Keynes'schen Vorgaben zur Beschäftigungspolitik unter Stagnationsbedingungen gefolgt worden wäre – und dass die Überwindung des gegenwärtig in Europa bestehenden Notstandes mit keynesianischer Politik leichter zu erreichen sein würde.

Vollbeschäftigung trotz Stagnation zu erreichen bzw. zu erhalten, erfordert – so lauten Keynes Empfehlungen von 1943 - vor allem folgende Maßnahmen:

1. **Gleichmäßigere** Einkommens- bzw. Kaufkraft**verteilung**, um den Massenkonsum anzuheben, d. h. den im normativen Verständnis Keynes' den (noch) „sinnvollen“ Konsumbedarf zu befriedigen.

2. Einen dauerhaft **höheren Staatsanteil**, um die Bereitstellung öffentlicher Leistungen auszuweiten und Defizite bei der Infrastruktur zu beseitigen. Da es sich um eine dauerhafte Erhöhung der Staatsausgaben – im Unterschied zur antizyklischen Staatsausgabenvariation – handelt, muss auch die Finanzierung dauerhaft gesichert sein, nämlich durch Steuern, also eine höhere Steuerquote. Für die wirtschaftspolitische Aufwertung des Staates und seiner sozialökonomischen Gesamtverantwortung hatte Keynes schon seit den 1920er Jahren – lange vor Beginn der Großen Depression – plädiert (vgl. u. a. Keynes, 1927/1981, 644 ff.). In der „Allgemeinen Theorie“ (1936) wurde diese Position theoretisch umfassend fundiert.

3. Die beiden nachfragepolitischen Instrumente allein werden Arbeitslosigkeit nicht auf unabsehbare Zeit verhindern können. Deshalb führt letztlich kein Weg an **Arbeitszeitverkürzungen** vorbei. Keynes' Vision einer 15-Stunden-Woche, die er im Enkelkinder-Essay von 1930 als Vorausblick auf das 21. Jahrhundert formuliert hatte,

brachte ihm zwar viel hämische Kritik ein, aber ob es nun 15, 20 oder 30 Stunden werden mag offen bleiben. Faktum ist aber, dass Vollbeschäftigung bei dauerhaft niedrigem, gar ganz ausbleibendem Wachstum nur durch Arbeitszeitverkürzungen erreicht werden kann.

Die Möglichkeit, wenigstens einen Teil der inländischen „Übersparnisse“ durch Exportüberschüsse und den synchronen Kapitalexport zu absorbieren, lehnt Keynes mit Hinweis auf die längerfristige Unhaltbarkeit sowie mit dem Fairness-Argument ab, dass Exportüberschüsse faktisch einen Export von Arbeitslosigkeit bedeuten (beggar-my-neighbour-policy). Dass eine kapitalistische Volkswirtschaft „besser“ funktioniert, wenn ein Teil ihres Überschusses quasi verschenkt wird, anstatt ihn der eigenen Bevölkerung zugutekommen zu lassen – sei es in Form höherer Masseneinkommen, sei es durch Arbeitszeitverkürzung -, gehört zu den Paradoxien der bestehenden Produktionsverhältnisse.

5. Bisheriges Resümee: Keynes und die Postwachstumsökonomie

Es sollte verständlich geworden sein, dass das Keynesische Stagnationstheorem vollauf mit den Postwachstum-Konzepten vereinbar ist. Keynes erklärt – unbeachtet der chemischen, physikalischen, ökologischen Grenzen des Wachstums -, dass und wie Stagnation aus der Eigendynamik des Kapitalismus hervorgeht, und er bietet zugleich Abhilfen gegen stagnationsbedingte Beschäftigungsverluste. Wachstumsreduktion bzw. Stagnation stellt aus Sicht Keynes' keine Katastrophe dar, sondern im Gegenteil versprach er sich und der Welt von dem endogen eintretenden Wachstumsende die Chance für ein „Goldenes Zeitalter“.

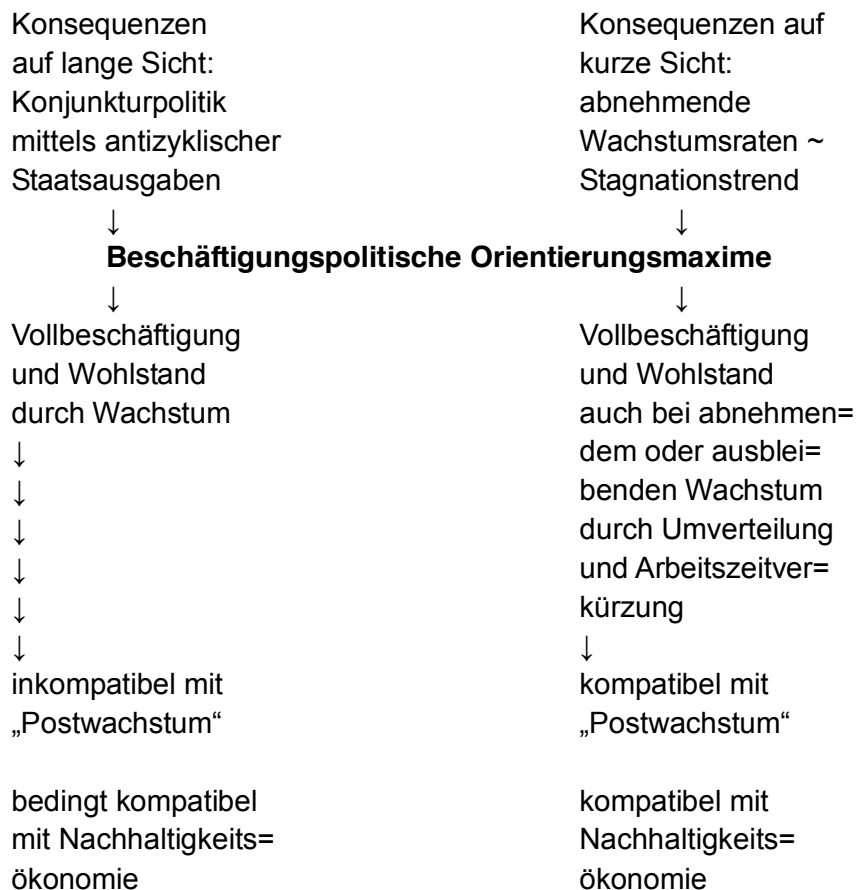
Faktisch ist die Massenarbeitslosigkeit in den meisten OECD-Ländern seit Ende der 1970er Jahre gestiegen. Das Arbeitsvolumen (= jährlich geleistete Arbeitsstundenzahl in einer Volkswirtschaft) lag ständig unter dem Vollbeschäftigungsniveau. Doch statt einer Gleichverteilung des stagnierenden, gar rückläufigen Arbeitsvolumens durch arbeitszeitpolitische Maßnahmen, wiederholte sich das seit Beginn der industriekapitalistischen Epoche bekannte Reaktionsmuster. Offen und versteckte Arbeitslosigkeit stiegen an. Statistisch fundierte Prognosen sprechen dafür, dass es auch in Zukunft kein „Vollbeschäftigungswachstum“ mehr geben wird (OECD, 2012; Banerji/Achuthan, 2012). Die alte Formel „Vollbeschäftigung durch Wachstum“ ist obsolet geworden. Aber: „Was nicht sein darf, auch nicht sein kann“, scheint immer noch Maxime der Regierungen und ihrer wirtschaftspolitischen Zuarbeiter zu sein. Der herkömmliche konjunkturpolitische Keynesianismus ist partiell – aber eben auch nur partiell - mit den Vorstellungen eines nachhaltigen Wirtschaftens in Einklang zu bringen, insofern er zwar am Wachstumsziel festhält, aber auch neue „Wachstumsmodelle“ – z. B. „grünes Wachstum“ präferiert. Für das empirische Phänomen der dauerhaften Wachstumsminde rung und der sie begleitenden Massenarbeitslosigkeit bietet die Keynesische Theorie eine plausible, empirisch bewährte Erklärung. Damit besteht Kompatibilität von Keynes und ökologischer Wachstumskritik. Die sozialökonomischen Probleme noch einmal durch hohes Wachstum lösen zu können, wird sich wie schon bisher als Illusion erweisen, sofern nicht ein Rüstungsboom oder dergleichen verschwenderische Produktionen forciert werden. In Deutschland gab es noch nie eine so lange – nämlich rund drei Jahrzehnte umfassende – Phase der Massenarbeitslosigkeit wie seit Beginn der 1980er Jahre. Jedenfalls trifft diese Aussage auf die Zeit seit Ende des 19. Jahrhunderts zu, seitdem es regelmäßige amtliche Aufzeichnungen zur Arbeitslosigkeit gibt. Diese anhaltende Massenarbeitslosigkeit wird sich auch mit Hilfe Keynescher Maßnahmen nicht in wenigen Jahren ganz beseitigen lassen, ganz abgesehen davon, dass die gegenwärtig betriebene Wirtschaftspolitik – aus Keynescher Perspektive

betrachtet – die Situation laufend noch verschlimmert. Die als „Konsolidierung“ propagierte, faktische Deflationspolitik lässt die Wachstumsraten weiter sinken und die Massenarbeitslosigkeit steigen. Die seit Ende der 1970er Jahre geduldeten, teilweise durch kontraproduktive Politik geförderten Fehlentwicklungen zogen weitgehende

Veränderungen nach sich, die sich in fixierten Wirtschaftsstrukturen niedergeschlagen haben. Beispielsweise stellen der hohe Exportanteil am deutschen BIP sowie der Exportüberschuss strukturelle Probleme dar, die nur allmählich korrigiert werden können. Doch die wirtschaftspolitischen Fehler und die gesellschaftliche Spaltung aus der Zeit der neoliberalistischen Restauration ließen sich entlang der von Keynes vorgegebenen Leitlinien revidieren, auch wenn die aufgelaufenen materiellen und ideellen Verluste aus jener Ära inhumaner Wirtschaftspolitik nachwirken werden.

Die externen Grenzen des Wachstums – Ressourcenerschöpfung, Umweltzerstörung, Klimawandel usw. usw. – erzwingen früher oder später nicht nur die fundamentale Neuorientierung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, sondern werden auch einen Systemwandel einleiten. Die Keynesische Stagnationsanalyse lässt erkennen, dass und wie Vollbeschäftigung auch ohne Wachstum möglich ist und dass in reichen Gesellschaften die Lebensqualität vom Wachstum kaum noch eine Verbesserung erfährt, aber durchaus schwer geschädigt werden kann. Die Befürworter des „Postwachstums“ sollten das wirtschaftstheoretische Potential, das Keynes verfügbar gemacht hat, nutzen und Keynes nicht mehr als Gegner, sondern als Verbündeten wahrnehmen. Das Schema in Abbildung 2 möge das Verhältnis Keynes/Postwachstumsökonomie im knappen Überblick nochmals veranschaulichen.

Grafik 2: Keynesianismus und „Postwachstum“



6. Ist Kapitalismus ohne Akkumulation noch möglich?

Auf die Frage hier eine eindeutige Antwort zu erwarten, hieße zu viel zu verlangen, und wollte der Verfasser so etwas versuchen, wäre er viel zu vermessen. Möglich ist hingegen, sich die Konsequenzen und Probleme vor Augen zu führen, die der *Übergang* zu einer wachstumsfreien Zukunft und diese selbst mit sich bringen können. Wird es beispielsweise noch eine gesamtwirtschaftliche Ersparnis geben? Wie lässt sich ohne Wachstum Vollbeschäftigung erreichen und stabilisieren, wenn nach wie vor Besitzeinkommen anfallen (sollten)? Was passiert mit dem technischen Fortschritt usw.? Für die folgenden Überlegungen erscheint es sinnvoll, sich zwei Sachverhalte bewusst zu machen. Erstens geht es um künftige Produktionsverhältnisse, die erst in ein, zwei oder mehr Generation klar hervortreten dürften. Wir stellen uns also Szenarien vor. Zweitens sei allen fortschrittsteleologischen Vorstellungen entgegen gehalten, dass Aneignung fremder Arbeit und Ausbeutung der Natur durch wenige Machthaber seit Zivilisationsbeginn, also lang vor der Entstehung des modernen Kapitalismus, existierten, und dass Verteilungshierarchien, Ausbeutung und Raubbau nicht auf kapitalistisches Wachstum „angewiesen“ sind, sondern auch in einer wachstumslosen Zukunft möglich sein können.

6.1 Doch könnte es sein, was nicht sein darf

Angenommen, die Keynesische Stagnationsprognose ist vollauf zutreffend und der Beginn der Stagnation wurde durch die Wachstumskrise der 1970er Jahre ausgelöst, dann befinden wir uns, d. h. die Gesellschaften der hoch entwickelten westkapitalistischen Länder, seit etwa dreißig Jahren in der Umbruchsphase zwischen wachstumsstarker Vergangenheit und wachstumsschwacher Zukunft. Alle Krisenerscheinungen wie Massenarbeitslosigkeit, zunehmende Ungleichheit, Unternehmensbankrotte, Konkurrenzverschärfung (insbesondere auch bei der Marktanteilskonkurrenz), beschleunigte Konzentration (Übernahme von Unternehmen statt Neuinvestition), Umverteilung von unten nach oben, Prekarisierung usw. usw. ergeben dann zusammen das Syndrom des Umbruchs. Es handelt sich um Versuche des politischen System-Überbaus, den in den materiellen Produktionsverhältnissen immanent wirkenden Stagnationstendenzen zu begegnen. Aufschub, nicht Anhalten des endogenen Prozesses lässt sich allenfalls erreichen, und mit chaotischen Ergebnissen, wie wir spätestens seit dem Herbst 2008 sehen. In der Übergangsphase werden lange bekannte Krisenerscheinungen und Reaktionsweisen des kapitalistischen Systems zwar verstärkt, da es sich aber um scheinbar Geläufiges handelt, wird die gegenüber der Vergangenheit grundlegend veränderte Situation nicht augenfällig, und der *endogen* determinierte Wachstumsrückgang wird geleugnet und ignoriert. Auch die zuständigen Wissenschaften sind (noch) nicht soweit, sich vom Wachstumsparadigma zu lösen, – und es wird ihnen von den systemapologetischen Kräften zudem erheblich erschwert, auch nur im Sinn einer heuristischen Wenn-dann-Modellierung durchzuspielen, wie denn eine Zukunftswelt ganz ohne Wachstum gestaltet sein müsste. Die Übergangsphase wird umso chaotischer verlaufen und umso höhere menschliche und materielle Kosten mit sich bringen, je unzulänglicher darauf reagiert wird. Die Euro-Krise ist in ihrer Besonderheit historisch beispiellos. Vergleiche mit früheren Finanzkrisen werden jene Besonderheit nicht herausstellen, wenn beim Vergleichen die Hintergrundstrahlung die Sache so ausleuchtet, als wäre, „alles schon mal dagewesen“. Falschen Diagnosen folgen falsche Therapien. Die Krankheit bleibt nicht nur unbehandelt, sondern sie geht womöglich gerade erst durch falsche Behandlung tödlich aus. Genau das scheint zu geschehen. Massenarbeitslosigkeit resultiert aus Nachfragemangel. Doch die seit den 1970er Jahren – mit wenigen länderspezifischen Ausnahmen – praktizierte Wirtschaftspolitik orientiert sich am

klassisch/neoklassischen Modell, versucht also das „Angebot“ quantitativ und qualitativ zu steigern bzw. zu verbessern. Die Nachfrage fände sich schon. Das „Saysche Theorem“ (siehe oben) vernebelt immer noch oder wieder die Realitätswahrnehmung.

6.2 Die Akkumulationsfrage

Die herkömmliche Sichtweise aller ökonomischen Schulen versteht den Akkumulationsprozess, also die Vornahme von Nettoinvestitionen, als eine notwendige Voraussetzung wirtschaftlichen Wachstums. Den Investitionen wird attestiert, das Produktionspotential der Volkswirtschaft zu vergrößern. Dabei wird in der Regel unterstellt, dass (Netto-)Investitionen – im Kapitalismus - vorgenommen werden, um Rendite zu erzielen. Ob möglicherweise Vieles, das statistisch als Investition erfasst wird, jener Annahme, Gewinn einzutragen, gar nicht genügt, bleibt außer Betracht. Ist beispielsweise der Bau eines Denkmals eine Investition im vorstehenden Sinn? Waren die Pyramiden im Alten Ägypten Investitionen? Sind die Repräsentationsbauten, die Luxusbüros und Luxuskarossen der oberen Führungskräfte Investitionen? Oder sind das nicht faktisch Konsumausgaben, die nur fälschlich als Investitionen verbucht werden? Eigenartig erscheint auch, dass der Bau von Schulen, Universitäten etc. durchaus als *gesellschaftlich produktive* Investition anerkannt ist, die Beschäftigung von Lehrern und das von den Schülern Gelernte hingegen dem Konsum zugeschlagen wird. Dass das „Humankapital“⁵, welches durch Schule + Lehrer „erzeugt“ wird, letztlich die weitaus wichtigere Investition darstellt, speziell in rohstoffarmen Volkswirtschaften, wird inzwischen meist anerkannt, aber in der volkswirtschaftlichen „Investitionsrechnung“ nicht angemessen ausgewiesen. Zurück zum herkömmlichen Investitionsbegriff. Investitionen würden, wie dargelegt, das Produktionspotential wachsen lassen. Gewinn fällt aber erst an, wenn das Produktionspotential auch durch eine entsprechende Nachfragezunahme genutzt werden kann. In Anlehnung an die von Marx benutzte Formel, die auch bei dem Marx-Verächter Keynes auftaucht, lässt sich verdeutlichen, dass Profit (Mehrwert) erst anfällt, wenn die Waren auch verkauft werden (Realisierungsproblem): Geldkapital $G \rightarrow$ Produktionsmittel + Arbeit \rightarrow Produktionsprozess \rightarrow Fertigprodukt \rightarrow Verkauf (= Rückverwandlung in Geldkapital G'). Das ganze Unterfangen hat sich „gelohnt“, wenn $G < G'$, also am Ende mehr Geldkapital vorhanden ist als zu Beginn, wobei selbstverständlich das Preisniveau mindestens stabil geblieben ist, also keine Inflation. Um also Gewinne zu erreichen, ist reales Wachstum erforderlich.

Machen wir uns nun klar, dass es nicht nur denkbar, sondern durchaus real möglich ist, Wachstum auch ohne Nettoinvestitionen herbeizuführen! Denn bereits die Ersatzinvestitionen, also die „Bestandserhaltung“ des gesamtwirtschaftlichen Kapitalstocks, realisieren in der Regel technischen Fortschritt, und Innovationen, soweit sie Investitionen erfordern, können somit auch mit den Ersatzinvestitionen durchgeführt werden. Das Volumen der Ersatzinvestitionen steigt cum grano salis mit dem Umfang des Kapitalstocks. Hoch entwickelte Volkswirtschaften verfügen auch über einen quantitativ und qualitativ entsprechend ausgebauten Kapitalstock, und das bestimmt auch das Ausmaß der Ersatzinvestition. Wenn eine alte, verbrauchte Maschine durch eine neue, meist technologisch höherwertigere, effizientere ersetzt wird – eventuell sogar zu einem geringeren Preis als die alte gekostet hatte -, steigt in der Regel auch die (Arbeits-)Produktivität. Wo vorher zehn Leute benötigt wurden, genügen nur noch fünf oder gar nur einer. Kurz gesagt, Rationalisierung kann auch ohne Nettoinvestitionen vorgenommen werden und wird dann allein aus den Abschreibungen finanziert. Das ist altbekannt. Denkbar wäre dann aber auch, dass die Masse der Nettoinvestitionen nur (noch) wenig oder gar nichts zum technischen Fortschritt beiträgt (Beispiel: Repräsentationsbauten), sondern dieser ausschließlich durch die Ersatzinvestitionen realisiert wird. Was dann

⁵ Vgl. Fußnote 3.

statistisch als Nettoinvestition in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auftaucht, hätte eigentlich Konsumcharakter – gleiche den altägyptischen Pyramiden. Dass es so ist, wird hier nicht behauptet, sondern nur die Möglichkeit sollte uns bewusst sein. Als Schlussfolgerung ergibt sich, dass Wachstum auch ohne Nettoinvestition möglich, somit auch nicht auf Ersparnisse angewiesen ist. Das ausführlich dargelegte Problem, dass die Vollbeschäftigungersparnis (S_v) nicht von einer gleich großen Investition absorbiert wird, dass also $S_v > I_v$, wird selbstverständlich bei $I = 0$ noch verschärft. Wenn jedoch die Ersparnis durch Nettoinvestition des skizzierten Typs „verschleierter Konsum“ (Repräsentationsbauten) absorbiert wird, werfen solche unproduktiven Investitionen keinen Gewinn ab, aus dem Kredite verzinst und getilgt werden können. Die Gegenwart zeigt uns augenfällig, dass und wie solche Pseudoinvestitionen zu riesigen Kreditausfällen geführt haben und in der Großen Finanzkrise mündeten.

6.3 Kapitalistische Gewinnwirtschaft ohne Akkumulation

Technischer Fortschritt findet in zwei Formen statt: Prozessinnovationen und Produktinnovationen. Prozessinnovationen erhöhen die Produktivität. Produktinnovationen bringen neue (Konsum-)Güter hervor, und da sie die Nachfrage anreizen (sollen), wird auch von „markterweiternden“ Innovationen gesprochen. Markterweiterung in gesamtwirtschaftlicher Größenordnung bedeutet Wachstum. Denn es wird nicht nur das ältere durch ein neueres Konsumgut ersetzt (etwa SW-Fernseher durch Farb-Fernseher), sondern die Leute sollen ja aus Sicht der gewinnwirtschaftlichen Anbieter zusätzlich konsumieren. Wenn also bereits durch die Ersatzinvestitionen technischer Fortschritt erreicht wird, so erfordert die Aufrechterhaltung des bisherigen Beschäftigungsniveaus (z. B. Vollbeschäftigung), dass *ceteris paribus* Wachstum stattfindet. Anderenfalls bleiben irgendwelche Kapazitäten ungenutzt (= unfreiwillige Investition), und es kommt zu dem in Abschnitt 1. beschriebenen kontraktiven Anpassungsprozess mit steigender Arbeitslosigkeit. Bei der vorstehend angenommenen Konstellation von null Nettoinvestitionen würde der kontraktive Anpassungsprozess sogar zu einer Verminderung der Ersatzinvestitionen (= Desinvestition) führen können. An den soeben skizzierten Zusammenhängen wird deutlich, dass es *praktisch*, wenn auch nicht theoretisch ausgeschlossen zu sein scheint, dass der Kapitalismus – so wie wir ihn kennen – ohne Akkumulation und Wachstum fortbesteht.

Kapitalistische Unternehmen haben stets versucht, die preis- und gewinndrückende Konkurrenz durch legale und illegale Kartelle sowie durch Konzentration und (Quasi-)Monopolisierung auszuschalten. Diese Praktiken sind in der ökonomischen Literatur umfassend analysiert und meist – keineswegs ausnahmslos – auch kritisiert worden. Ohne gesamtwirtschaftliches Wachstum bleiben aber durchaus noch einzelwirtschaftliche Wachstumsspielräume. Das eine Unternehmen gedeiht (VW), das andere nähert sich der Pleite (Opel). Konzentration bzw. „Marktbereinigungen“ schreiten voran. So könnte es auch bei gesamtwirtschaftlichem Null-Wachstum vorerst weitergehen. Die Preissetzungsmacht quasi-monopolistischer Anbieter sorgt dafür, dass auch bei Stagnation Profite gemacht werden. Dass sie dann nicht mehr in Nettoinvestitionen fließen, sondern irgendwie als offener oder versteckter (siehe oben) Konsum verbraucht werden (müssten), schert die Gewinnempfänger wahrscheinlich weniger, als bisher von der Systemapologie deklariert wird.⁶ Jedoch müssten die Gewinne (Besitzeinkommen) möglichst breit verteilt sein, damit sie auch konsumiert werden (können). 10 Millionen für

⁶ Es wäre nicht das erste Paradoxon in der Entwicklung des Kapitalismus, wenn die monopolkritischen Theorien von Steindl, Baran/Sweezy, Foster/Magdoff u.a., die den „Monopolkapitalismus“ als ein Wachstumshindernis bzw. als eine Stagnationsursache diagnostizieren und ihm den verschwenderischen Umgang mit dem angeeigneten Surplus (Mehrwert) vorwerfen, sich als Vorwegnahme eines postindustriellen Stagnations-Kapitalismus erweisen würden (vgl. Foster/Magdoff, 2009; Steindl, 1976; Baran/Sweezy, 1973).

eine oder gleichverteilt auf 100 Familien bedeutet einen großen Unterschied für die Konsumnachfrage. Um Besitzeinkommen, wenn sie denn anfallen, breit zu streuen, müsste auch der/das Besitz/Eigentum breit gestreut sein – eine Art „Volkskapitalismus“ lässt sich vorstellen. Die Rückkehr zur „einfachen Reproduktion“, die einige Tausend Jahre charakteristisch für die Zivilisationsentwicklung gewesen war und erst mit dem Industriekapitalismus endete, ist nicht nur denkbar, sondern seit einiger Zeit in „Vorbereitung“. Ob dieser sich am geschichtlichen Horizont abzeichnende Neofeudalismus, postindustrieller Feudalismus, Stagnationskapitalismus oder welche Bezeichnung auch immer populär werden wird, von den Menschen geduldet und ertragen wird, ist keine im engen Sinn ökonomische, sondern eine Machtfrage. Ökonomisch möglich ist solch eine stagnationskapitalistische bzw. neofeudalistische Formation durchaus, und sie ließ sich bereits in den 1970er Jahren voraussehen (vgl. den Abschnitt „Der feudale Weg aus dem Dilemma“ in: Zinn, 1978, 79 ff.). Der gegenwärtige Horror der Kapitaleigner vor einer Ökonomie ohne Wachstum könnte sich also rasch verflüchtigen, wenn sich konkret abzeichnet, dass zwar die Zeit des Wachstums enden wird, aber kapitalistische Verhältnisse – wie modifiziert auch immer – durchaus fortbestehen könnten. Eine sozialökonomische Formation auf hohem technologischen Niveau könnte auch ohne Wachstum noch Menschen (und Natur) gewinnwirtschaftlich ausbeuten, Arbeitslosigkeit als Disziplinierungsinstrument verwenden und extreme Verteilungsungleichheiten aufweisen. Keynes hat sich leider mit dieser politökonomischen Dimension auslaufenden bzw. endenden Wachstums nicht explizit befasst.

6.4 Vollbeschäftigung, Produktivitätsentwicklung und Ersparnisse bei Stagnation

Vollbeschäftigung ist mit Null-Wachstum nur kompatibel, wenn die Produktivität stagniert. Das ist aber unwahrscheinlich, weil, wie beschrieben, auch Ersatzinvestitionen Produktivitätseffekte mit sich führen. Wenn die gesamtwirtschaftliche Produktivität steigt, so lässt sich Vollbeschäftigung mit Null-Wachstum nur mittels Umverteilung von Arbeit, also durch irgendeine Form von Arbeitszeitverkürzung, vereinbaren. Wie dargelegt, gehören Arbeitszeitverkürzungen auch zum Keynesschen Arsenal beschäftigungspolitischer Maßnahmen bei geringem oder ausbleibendem Wachstum. Muss auch auf die individuelle Ersparnisbildung verzichtet werden? Gesamtwirtschaftliche Ersparnisse müssten ja durch Nettoinvestitionen absorbiert werden, aber die wurden bereits ausgeschlossen ($I = 0$). Wenn also irgendwelche Haushalte Ersparnisse bilden, so müssten andere Haushalte und/oder der Staat diese Ersparnisse an sich ziehen (Kreditaufnahme) und konsumtiv verwenden. Die Tilgung der Kredite erfolgt aus Einkommen, die von der Kreditverwendung in der Regel nicht gesteigert wurden. Die Kredittransaktionen dienen im Wesentlichen nur der zeitlichen Verschiebung des Konsums: die Einen schieben ihn auf, die Anderen ziehen ihn vor. Die Gläubigerhaushalte müssten bzw. sollten zurückgezahlte Kredite konsumieren, sofern sie keinen neuen Schuldner finden. Keynes hatte die Vorstellung, dass Ersparnisse besser nicht mehr anfallen sollten, zumindest aber die Sparbereitschaft „entmutigt“ werden müsste. Zwar gibt es für inländische Ersparnisse den Ausweg des Nettokapitalexports, aber das kann selbstverständlich keine Dauerlösung sein. Allenfalls könnte irgendwann auf die Eintreibung der Schulden verzichtet werden, oder, wie gegenwärtig so augenfällig, die Schuldner erklären sich einfach als zahlungsunfähig. Der Nettokapitalexport von gestern und vorgestern wird dann sozusagen in „Geschenke“ von heute und morgen an die Schuldner verwandelt – freiwillig oder gezwungenermaßen.

Verzinsung von Ersparnissen wäre selbstverständlich hinfällig. Vielmehr wäre eher damit zu rechnen, dass die Sparer eine Gebühr bezahlen, wenn sie ihr Geld lieber bei Banken oder wo auch immer diebstahlsicherer als unterm Kopfkissen parken möchten. Die Kreditnehmer müssten gegebenenfalls eine Kreditausfallversicherung zugunsten der

Gläubiger abschließen, die umso höher ausfielen, je dubioser der Schuldner den Gläubigern erscheint. Doch ohne Habenzins wird auch der Sollzins (ent)fallen, so dass sich die Kosten eines Kredits auf die erwähnte Kreditausfallversicherungsprämie beschränken würden. Es gäbe keine Leute mehr, die von Zinseinnahmen ihren Lebensunterhalt bestritten. Keynes avisierte das mit seiner These von der kommenden „Euthanasie des Rentiers“.

6.5 Resümee Nr. 2: Es könnte auch noch schlimmer kommen

Dauerhaft niedrige Wachstumsraten, gar Null-Wachstum mit Vollbeschäftigung und stabilem Wohlstand zu vereinbaren, erfordert, wie deutlich geworden sein dürfte, sehr weitgehende Veränderungen im Wirtschaftssystem. Letztlich geht es um nicht weniger als um ein Ende der „erweiterten Reproduktion“ und somit um eine Rückkehr zur „einfachen Reproduktion“ mit postindustrieller Ausstattung, d. h. auf einem gegenüber der vorindustriellen Epoche unvergleichlich viel höheren Einkommens- und Wohlstandsniveau und (wahrscheinlich) bei anhaltendem technischen Fortschritt. Hier kann nicht weiter auf diesen Problemkomplex eingegangen werden, aber man/frau sollte sich nicht täuschen: Ein post-industriekapitalistisches Wirtschaftssystem kann ganz verschieden ausfallen. Für eine wachstumslose Zukunft sind recht unterschiedliche „System-Entwürfe“ vorstellbar, die von neo-feudalistischen bis zu sozialistischen Modellen reichen.

Bereits eine konjunkturelle Wachstumsabschwächung bedeutet für den Industriekapitalismus den Krisenfall, bringt vor allem abhängig Beschäftigte in Schwierigkeiten, gar Not. Bei dauerhaft niedrigem Wachstum herrscht anhaltender Krisenzustand; die Krisenerscheinungen werden potenziert, und Millionen Menschen erfahren konkret, was die Sozialwissenschaftler meinen, wenn sie von Exklusion reden. Die Realitätswahrnehmung der (Noch-)Nicht-Betroffenen lässt sich ablenken und trüben. Zwischen der Wirklichkeitsvorstellung im menschlichen Gehirn und der Realität „da draußen“ bestehen erhebliche Unterschiede: Die Gehirne, nicht die Realität werden von der Propaganda gewaschen und von Ideologie vernebelt. Wenn - so seit Beginn der 1980er Jahre - einer ganzen Generation beigebracht wurde, Massenarbeitslosigkeit als Normalzustand des Wirtschaftssystems hinzunehmen, werden auch die individuellen Lebenskatastrophen als Transaktionskosten der Verhältnisse gleich mit normalisiert.

Wie dargelegt, thematisiert die Keynessche Erklärung der langfristigen Wachstumsabschwächung *endogene* Veränderungen des kapitalistischen Wachstums. Keynes liefert eine *Ergänzung* zur exogenen Wachstumskritik, und ihn als einen der vielen Wachstumsapostel zu sehen, ist ein Missverständnis. Was Keynes verkennt, sind die systemimmanenten Widerstände gegen die Realität – sozusagen die Gehirnwirklichkeiten der Wachstumsapologeten im Unterschied zu der realgeschichtlichen Welt. Naturgemäß kommt es zur ideologischen Abwehr von Wachstumsskepsis und Wachstumskritik. Leugnen beseitigt zwar nicht die Tatsachen, aber die klare Sicht auf die Fakten wird versperrt, und die selektive Wahrnehmung sieht sich bestätigt. Ganz frei davon ist auch nicht die Wissenschaft, speziell die Wirtschaftswissenschaft. Deshalb gehören Fragen folgender Art allenfalls ausnahmsweise zu den „geförderten“ Forschungsdesigns:

- Bewegen sich die hoch entwickelten, westkapitalistischen Ökonomien auf eine Stagnation zu?
- Was müsste beschäftigungs- und wohlstandspolitisch getan werden, *wenn* die Keynessche Stagnationsprognose richtig ist?
- Könnte es sein, dass die seit rund dreißig Jahren anhaltende Wachstumsschwäche den Übergang zur Stagnation darstellt und somit alle Bemühungen, wie sie von der neoliberalistisch inspirierten Politik angeregt wurden (Deregulierung, Privatisierung, Flexibilisierung etc.) ins Leere laufen oder schlimmer noch, die „Übergangskrise“

noch verschärft haben, was dann auch zur Großen Finanzkrise der Gegenwart geführt hat?

- Was sind die politischen, gesellschaftlichen und internationalen Konsequenzen der (zumindest denkbaren) Stagnationstendenz und welche Gefahren/Risiken drohen, falls die Stagnationsprognose zutrifft, sie aber nach wie vor von den politischen Akteuren verworfen und wegen falscher Problemdiagnose auch mit falscher Therapie reagiert wird?
- Wie kann sich Stagnation auf den demokratischen Rechtsstaat auswirken?
- Etc. etc.

Literaturhinweise

- Banerji/Chuthan, 2012, ~, Anirvan/~, Lakshman, Long-Term Growth May Stay Slow as Far as the Eye Can See (The Yo-Yo-Years: More Recessions in the West and Volatility for the Rest), in: Challenge, Bd. 55, Nr. 5, Sep.-Oct. 2012, S. 39-58.
- Baran/Sweezy, 1973, ~, Paul A./~, Paul M., Monopolkapital. Ein Essay über die amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung (1966), Frankfurt/M.
- Bouvet et al. 2008, ~, Philippe/Rekacewicz, Philippe/Sinai, Agnès/Vidal, Dominique (Hg.) : Le Monde diplomatique. Atlas der Globalisierung. Klima, Paris-Berlin.
- Clarke, 2009, Peter, Keynes. The Twentieth Century Most Influential Economist, London-Berlin-New York.
- Demandt, 2011, Alexander, Ungeschehene Geschichte, Ein Traktat über die Frage: Was wäre geschehen, wenn...?, Göttingen.
- Foster, 2010, John Bellamy, The Age of Monopoly-Finance Capital, in: Monthly Review, Bd. 61, Nr. 9. Februar 2010, S. 1-13.
- Foster/Magdoff, 2009, ~, John Bellamy/~, Fred, The Great Financial Crisis, New York.
- Fourastié, 1949/1954, Jean, Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts (1949), Köln-Deutz.
- Gresh et al., 2009, ~, Alain/Radvayi, Jean/Rekacewicz, Philippe/Samay, Catherine/Vidal, Dominique : Le Monde diplomatique, Atlas der Globalisierung. Sehen und verstehen, was die Welt bewegt, Paris-Berlin.
- Haug/Reitz, 1999, ~, Wolfgang Fritz/~, Tilman, Fortschritt, in: Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 4, Hamburg, Sp.702-744.
- Hicks, 1937, John Richard, > Mr. Keynes and the „Classics“; a Suggested Interpretation<, in: Econometrica, Bd. 5, 1937, S.147-159.
- Jackson, 2009, Tim, Prosperity without Growth. Economics for a Finite Planet, London-Sterling/VA.
- Keynes, 1923a, John Maynard, Further Reflections on Gilt-Edged Securities, in: Collected Writings, Bd. 19/1, London-Basingstoke 1981, S. 83-87.
- Keynes, 1923b, John Maynard, (ohne Titel) *From* Birth Control Review, December 1923, in: The Collected Writings, Bd. 30, London-Basingstoke 1989, S. 7.
- Keynes, 1925/1985, John Maynard, Bin ich ein Liberaler?, in: Mattfeldt, 1985, S.86-95.
- Keynes, 1930, John Maynard, Economic Possibilities for our Grandchildren, in: The Collected Writings of John Maynard Keynes, Bd. 9: Essays in Persuasion, London/Basingstoke 1972, S. 321-332 (deutsch in: Reuter, 2007, S. 135-147).
- Keynes, 1931/1985, Gedanken über Freihandel, in: Wirtschaftsdienst, Jg. 16, 1931, S. 749-752 (hier zitiert nach: Mattfeldt, 1985, S. 162-169).
- Keynes, 1932/1982, John Maynard, The Dilemma of Modern Socialism, in: Collected Writings, Bd. 21, S. 33-39.
- Keynes, 1933/1985, John Maynard, Nationale Selbstgenügsamkeit, in: Schmollers Jahrbuch, Jg. 57 (2. Halbbd.), S. 561-579 (hier zitiert nach: Mattfeldt, 1985, S.192-161).
- Keynes, 1934, John Maynard, Armut im Überfluss: Zur Selbststeuerungsfähigkeit des Marktes, in: Keynes, 2008, S. 139-149.
- Keynes, 1936/2006, John Maynard, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes (1936). 10. A., Übersetzung von Fritz Waeger, korrigiert und überarbeitet von Jürgen Kromphardt und Stephanie Schneider, Berlin 2006.
- Keynes, 1937, John Maynard, Some Economic Consequences of a Declining Population, in: the Collected Writings of John Maynard Keynes, Bd. 14: the General theory and After. Part II: Defense and Development, London-Basingstoke 1973, S. 124-133 (deutsch in Reuter, 2007, 148-159).
- Keynes, 1939, John Maynard, Democracy and Efficiency, in: Collected Writings, Bd. 21, London-Basingstoke 1982, S. 491-500.
- Keynes, 1943, John Maynard, The Long-Term Problem of Full Employment, in: the Collected Writings of John Maynard Keynes, Bd. 27: Activities 1940-46. Shaping the Post-War World: Employment and

22 Karl Georg Zinn: Keynes' Prognose auslaufenden Wachstums

- Commodities, London-Basingstoke 1980, S. 320-325 (deutsch in: Reuter, 2007 S.159-179).
- Keynes, 1946/1980, John Maynard, The Balance of Payments of the United States, in: Collected Writings, Bd. 27, London-Basingstoke, S. 427-446.
- Keynes, 2008, John Maynard, Der Weltökonom am Mikrofon der BBC. Keynes on Air, Hamburg.
- Keynes, John Maynard, The Collected Writings of ~, 29 Bde. und Indexband (= Bd. 30), London-Basingstoke 1971 ff. (die Keynes-Texte im Literaturverzeichnis werden zitiert: Name, Jahr der Erstveröffentlichung, Titel, in: Collected Writings, Bd., Ort, Erscheinungsjahr).
- Keynes, 1927/1981, John Maynard, Liberalism and Industry, in: Collected Writings, Bd. 9, London-Basingstoke, S. 638-649.
- Krüger, 2012, Stephan, Keynes & Marx. Darstellung und Kritik der "General Theory", Bewertung keynesianischer Wirtschaftspolitik, Linker Keynesianismus und Sozialismus, Hamburg (Kritik der Politischen Ökonomie und Kapitalismusanalyse, Bd. 4).
- OECD, 2012, Looking to 2060: A Global Vision of Long-Term Growth, Economics Department Policy Notes, Nr. 15, November 2012.
- Penrose, 1972, Edith, Stagnation, in: International Encyclopedia of the Social Sciences (1968), hrsg. v. David L. Sills, Bd. 15, New York-London 1972, S. 137-142.
- Reuter, 2000, Norbert, Ökonomik der "Langen Frist". Zur Evolution der Wachstumsgrundlagen in Industriegesellschaften, Marburg.
- Reuter, 2007, Norbert, Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen. Mit Texten zum Thema von John Maynard Keynes und Wassily W. Leontief, 2. A., Marburg..
- Skidelsky, 1977, Robert (Hrsg.), The End of the Keynesian Era. Essays on the disintegration of the Keynesian political economy, London-Basingstoke.
- Skidelsky, 2003, Robert, John Maynard Keynes 1883-1946. Economist, Philosopher, Statesman, London-Basingstoke-Oxford (= A selection of material taken from: John Maynard Keynes I – Hopes Betrayed, 1983; John Maynard Keynes II – The Economist as Saviour, 1992; John Maynard Keynes III – Fighting for Britain, 2000)
- Skidelsky, 2009, Robert, Keynes. The Return of the Master, New York.
- Skidelsky/Skidelsky, 2012, Robert und Edward ~, How Much Is Enough? Money and the good life, New York.
- Steindl, 1976, Josef, Maturity and Stagnation in American Capitalism (1952), NewYork-London.
- Sweezy, 1971, Paul M., Die Zukunft des Kapitalismus und andere Aufsätze zur politischen Ökonomie, Baden-Baden.
- Walterskirchen, 2012, Ewald, Langfristige Perspektiven von Keynes und die aktuelle Wirtschaftsentwicklung, in: Chaloupek, Günther/Marterbauer, Markus (Hrsg.), 75 Jahre – General Theory of Employment, Interest and Money, Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen der AK Wien, Bd. 17, Wien, S. 137-153.
- Zinn, 1978, Karl Georg, Der Niedergang des Profits. Eine Streitschrift zu den Risiken der kapitalistischen Wirtschaftskrise, Köln.
- Zinn, 1980, Karl Georg, Die Selbstzerstörung der Wachstumsgesellschaft. Politisches Handeln im ökonomischen System, Reinbek bei Hamburg.
- Zinn, 1993. Karl Georg, Keynes' "fundamentales psychologisches Gesetz" und dessen Vorwegnahme von Lujo Brentano, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Bd. 113, 1993, S. 447-459.
- Zinn, 2008, Karl Georg, Die Keynessche Alternative. Beiträge zur Keynesschen Stagnationstheorie, zur Geschichtsvergessenheit der Ökonomik, und zur Frage einer linken Wirtschaftsethik, Hamburg.

Anhang: Keynes-Zitate zu seiner Langfristperspektive⁷

Aus dem Enkel-Kinder-Aufsatz von 1930:

„Meine Absicht in diesem Aufsatz ist es ... nicht, die Gegenwart und die nahe Zukunft zu untersuchen, sondern mich von der kurzen Sicht freizumachen und mich auf Schwingen in die Zukunft zu bewegen“ (136).

„Ich möchte voraussagen, dass der Lebensstandard in den fortschrittlichen Ländern in hundert Jahren vier- bis achtmal so hoch sein wird wie heute. ... Es wäre aber auch nicht

⁷ Die Seitenangaben in Klammern beziehen sich auf die deutsche Übersetzung der Keynes-Texte in: Reuter, 2007.

unsinnig, mit der Möglichkeit eines noch viel rascheren Fortschritts zu rechnen“ (140).

„Mit Drei-Stunden-Schichten oder einer Fünfzehn-Stunden-Woche kann das Problem (irgendeine Beschäftigung zu haben, um der Langeweile und der Empfindung, überflüssig zu sein, zu entgehen; KGZ) eine ganze Weile hinausgeschoben werden. Denn drei Stunden am Tag reichen völlig aus, um den alten Adam in den meisten von uns zu befriedigen“ (143).

„Nun ist es wahr, dass die Bedürfnisse der Menschen unersättlich zu sein scheinen. Aber sie zerfallen in zwei Klassen – solche Bedürfnisse, die absolut in dem Sinne sind, dass wir sie fühlen, wie auch immer die Situation unserer Mitmenschen sein mag, und solche, die relativ in dem Sinne sind, dass wir sie nur fühlen, wenn ihre Befriedigung uns über unserer Mitmenschen erhebt, uns ein Gefühl der Überlegenheit gibt. Bedürfnisse der zweiten Klasse, also solche, die das Verlangen nach Überlegenheit befriedigen, mögen in der Tat unersättlich sein; je höher das allgemeine Niveau, desto höher sind sie. Aber dies gilt nicht in gleicher Weise für die absoluten Bedürfnisse – es mag bald ein Punkt erreicht sein, vielleicht viel eher, als wir uns alle bewusst sind, an dem diese Bedürfnisse in dem Sinn befriedigt sind, dass wir es vorziehen unsere weiteren Kräfte nicht-wirtschaftlichen Zwecken zu widmen....Und: „Unter der Annahme, dass keine bedeutenden Kriege und keine erhebliche Bevölkerungsvermehrung mehr stattfinden, komme ich zu dem Ergebnis, dass das wirtschaftliche Problem innerhalb von hundert Jahren gelöst sein dürfte, oder mindestens kurz vor der Lösung stehen wird“ (Keynes, 1928/1930, in: Reuter, 2007, 140f.).

„Es gibt auch Veränderungen in anderen Bereichen, die wir erwarten müssen. Wenn die Akkumulation des Reichtums nicht mehr von hoher gesellschaftlicher Bedeutung ist, werden sich große Veränderungen in den Moralvorstellungen ergeben. Wir sollten imstande sein, uns von vielen pseudomoralischen Grundsätzen zu befreien, die uns seit zweihundert Jahren peinigen und durch die wir einige der unangenehmsten menschlichen Eigenschaften zu höchsten Tugenden gesteigert haben. Wir sollten es wagen, den Geldtrieb nach seinem wahren Wert einzuschätzen. Die Liebe zum Geld als ein Wert in sich – was zu unterscheiden ist von der Liebe zum Geld als einem Mittel für die Freuden und die wirklichen Dinge des Lebens - wird als das erkannt werden, was sie ist, ein ziemlich widerliches, krankhaftes Leiden, eine jener halb-kriminellen, halb-pathologischen Neigungen, die man mit Schauern den Spezialisten für Geisteskrankheiten überlässt“ (143).

Zitate aus „Das Langzeitproblem der Vollbeschäftigung“ (1943):

„Nach dem Krieg werden sich voraussichtlich drei Phasen einstellen

(i) wenn der Investitionsanreiz, falls unkontrolliert, zu einem Investitionsvolumen führt, das größer ist als das angezeigte Sparniveau („*indicated level of savings*“ = freiwillige Ersparnis aus Vollbeschäftigungsniveau; KGZ) bei fehlender Bewirtschaftung und fehlenden anderen Kontrollen;

(ii) wenn die dringend notwendige Investition nicht länger größer als das angezeigte Sparniveau unter freien Bedingungen ist, aber noch dem angezeigten Sparniveau durch bewusste Ermutigung oder Beförderung weniger dringlicher, aber nichtsdestotrotz nützlicher Investitionen, angepasst werden kann;

(iii) wenn die Investitionsnachfrage soweit gesättigt ist, dass sie nicht mehr auf das

angezeigte Sparniveau angehoben werden kann, ohne sich auf verschwenderische oder unnötige Unternehmungen einzulassen“ (160).

....

„Wenn die dritte Phase in Sicht kommt (d. h. die Stagnation; KGZ) ... wird (es) notwendig sein, sinnvollen Konsum zu fördern, Sparen zu missbilligen – und einen Teil des unerwünschten Überangebots durch vermehrte Freizeit zu absorbieren, mehr Urlaub (welches ein wunderbar angenehmer Weg ist, Geld loszuwerden) und kürzere Arbeitszeiten“ (162).

„Mit dem Beginn dieses goldenen Zeitalters werden uns verschiedene Mittel zur Verfügung stehen. Ziel muss es sein, die gesellschaftlichen Praktiken und Gewohnheiten allmählich zu verändern, um das „angezeigte Sparniveau“ zu verringern. Möglicherweise werden die Abschreibungsfonds fast ausreichen, um alle nötigen Bruttoanlageinvestitionen tätigen zu können“ (162).

...

„Ich bezweifle, dass viel von Vorschlägen zu erwarten ist, unvorhergesehene, kurzfristige Investitionsschwankungen durch eine kurzfristige Stimulierung des Verbrauchs ausgleichen zu wollen. Aber ich sehe einen praktischen Vorteil in dem Vorschlag von Mr. Meade, die Beiträge zu den sozialen Sicherungssystemen gemäß dem Beschäftigungsniveau zu variieren“ (163).

...

„... dass wir ...im Rahmen des langfristigen Trends anstreben sollten, das Ausmaß der Nettoinvestitionen zu reduzieren und den Konsum (oder, alternativ, die Freizeit) zu erhöhen“ (163).